



# PSAG

## 1. Plenum 2025

**26. Februar 2025**

Stadtverwaltung Edisonallee, Raum Neues Palais

Psychiatriekoordination: Magnussen

## 3. Bericht der Psychiatriekoordination

### 30. Schulgesundheitsstage

- 1. – 10. Klasse
- Motto: „Schau hin, was ich alles kann – zwischen analoger und digitaler Identität“ am 23. – 26.06.2025 im Treffpunkt Freizeit

### Abschlussveranstaltung des bundesweite Wettbewerb für rauchfreie Schulklassen „Be Smart – Don‘t Start“

- Für die 7. bis 10. Jahrgangsstufe am 13.06.2025 im Schirrhof
- Sponsoren für Aktionsgutscheine gesucht:  
<https://www.potsdam.de/de/aufruf-zur-unterstuetzung-des-nichtraucherwettbewerbes-be-smart-dont-start-2025>

### Bilderausstellung „Was mich bewegt“

- voraussichtlich ab April/Mai im Haus der Jugend

### 3. Bericht der Psychiatriekoordination

- Fünfter Bericht über die Tätigkeit der Besuchskommissionen nach dem BbgPsychKG  
<https://mgs.brandenburg.de/mgs/de/service/publikationen/detail/~02-12-2024-fuenfter-bericht-ueber-die-taetigkeit-der-besuchskommissionen-nach-dem-brandenburgischen>
- Nachdruck „Kompass für Arbeit und Beschäftigung“ aktuell im Druck, in 2025 ist die Anpassung des Kompasses geplant
- Nachdruck der Flyer gewünscht und Aktualisierung erforderlich?



Stand 2022

### 3.1. Bericht aus dem GSWI: Sachstand Initiative zur Gründung eines psychosozialen Krisendienstes (23/SVV/0966)

#### Eckpunkte:

- Einrichtung einer **zentralen Anlaufstelle** mit einer kostenlosen, rund um die Uhr erreichbaren Telefonnummer für Menschen in psychischen Krisensituationen
- Schaffung **mobiler Teams** aus Fachkräften, die vor Ort unterstützen und bei Bedarf fachärztliche Hilfe hinzuziehen können
- Klare Strukturierung und **Bündelung** der vorhandenen Hilfsangebote zur besseren Orientierung und schnelleren Vermittlung für Hilfesuchende
- **Evaluation** der Initiative durch eine unabhängige Stelle, idealerweise durch die Universität Potsdam, um die Wirksamkeit des Krisendienstes zu gewährleisten und kontinuierlich zu verbessern [...]

## Aktivitäten des Fachbereiches Öffentlichen Gesundheitsdienstes

- Der Bedarf und die Notwendigkeit von Krisendiensten wurden fortwährend in einer „Workshop-Reihe zur Weiterentwicklung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes“ des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV; heute Ministerium Gesundheit und Soziales - MGS) formuliert und schriftlich an das Ministerium zugearbeitet.
- Austausch mit anderen bundesweiten Krisendiensten
- Teilnahme an den Gesamttreffen der Krisendienste in Deutschland

## Bundesgesetzliches Vorhaben: Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der nationalen Suizidprävention (SuizidPrävG-E)

- Schwerpunkt soll die Etablierung einer **Bundesfachstelle** für Suizidprävention mit folgenden Aufgaben sein:
  - Konzeptentwicklung für eine **bundesweit einheitliche Krisendienstrufnummer (113)**
  - **Umfassende Information** der Öffentlichkeit zu Suizidalität und den Möglichkeiten zu deren Prävention
  - **Aufbau eines digitalen Verzeichnisses** zu überregionalen Hilfsangeboten
  - Fachliche Beratung der Länder und Akteure bei der **Qualitätssicherung und Weiterentwicklung** von Maßnahmen der Suizidprävention

(Quelle: [bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kabinett-suizidpraevention-2326784](https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/kabinett-suizidpraevention-2326784))

## Aktueller Sachstand SuizidPrävG-E

- Stellungnahme des Bundesrat vom 14.02.2025:
  - Es bedarf einer umfassenden Überarbeitung des Gesetzentwurfs.
  - Die Einrichtung einer koordinierenden Stelle sowie einer bundesweiten Krisennummer werden begrüßt.
  - „Vor einer bundesgesetzlichen Sicherstellung des Zugangs zu Krisendiensten ist zunächst die Sicherstellung eines flächendeckenden Rund-um-die-Uhr-Angebots zu gewährleisten.“
  - Umsetzung soll kostenneutral für die Länder sein.

(Quelle: Beschlussdrucksache 3/25 des Bundesrates vom 14.02.2025)

## Fazit und Ausblick

- Antwort der Landesregierung zur Kleinen Anfrage „Einführung eines Krisendienstes nach bayerischen Vorbild in Brandenburg“ (Drucksache 8/456) noch offen
  - *„Gibt es derzeit Planungen oder Überlegungen, in Brandenburg ein vergleichbares Modell einzuführen?“*
- Fortlaufend erfolgt ein enger Austausch der LHP mit dem MGS
- Thematik wird weiterhin im Fachausschuss des MGS der Psychiatriekoordination und SpDi platziert
- Nächster Bericht des Fachbereiches Öffentlicher Gesundheitsdienst im GSWI und JHA zum Sachstand des SuizidPrävG-E in Q4/2025 geplant

## 3.2. Sachstand Richtlinien

<b>22.01.2025</b>	Einbringung der Beschlussvorlage zu den Richtlinien in der SVV
<b>29.01.2025</b>	Digitale Informationsveranstaltung zu neuen Richtlinien für die Träger
<b>13.02.2025</b>	Workshop zu den neuen Richtlinien für die Mitgliedern des GSWI
<b>18.02.2025</b>	GSWI – positives Votum des GSWI
<b>05.03.2025</b>	Beschluss der Richtlinie in der SVV → <b>Verlängerung der Antragsfrist bis zum 15.04.2025 (schriftliche Information erfolgt nach dem 05.03.2025)</b>
<b>bis 15.05.2025</b>	Interne Bewertung der Anträge per Bewertungsmatrix → Erstellung Fördervorschlag
<b>24.06.2025</b>	1. Lesung GSWI
<b>bis 14.07.2025</b>	Zwei Termine zur Akteneinsicht für die Stadtverordneten
<b>15.07.2025</b>	2. Lesung GSWI → Entscheidung über Förderliste
<b>24.09.2025</b>	Wenn GSWI Förderliste zustimmt: Beschluss der Förderliste durch die SVV
<b>14.10.2025</b>	Wenn GSWI Förderliste ablehnt: zusätzliche Lesung GSWI
<b>05.11.2025</b>	Beschluss der Förderliste durch die SVV
<b>ab 06.11.2025</b>	Erstellen der Bescheide

## 5.1 Kinder und Jugendpsychiatrischer Dienst – Sachstand Stellungnahme

- Stellungnahme der PSAG:
  - Zustimmung: 18 Stimmen
  - Enthaltung: 1 Stimme
  - fehlende Rückmeldungen: 3 Stimmen
- Antrag: Einrichtung eines kommunalen Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes (25/SVV/0006):
  - 22.01.2025: SVV
  - 20.02.2025: JHA (inkl. Stellungnahme der PSAG)
  - 26.02.2025: Hauptausschuss
  - 11.03.2025: GSWI (inkl. Stellungnahme der PSAG)
  - Voraussichtlich 02.04.2025: SVV

# Antrag: 25/SVV/0006

## Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, einen kommunalen Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst gemäß § 8 des Brandenburgischen Gesundheitsdienstgesetzes in der LHP einzurichten. Dieser Dienst soll eine Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche und ihre Familien sein, die psychische Belastungen oder Erkrankungen haben. Das Gesundheitsamt wird beauftragt:

1. eine **Bedarfsanalyse** durchzuführen, um den konkreten Bedarf an psychotherapeutischen und psychiatrischen Angeboten für Kinder und Jugendliche in Potsdam zu ermitteln. Dazu sollen alle relevanten Stellen und Institutionen, die in die Versorgung und Betreuung von psychisch belasteten oder erkrankten Kindern und Jugendlichen involviert sind, ihre Daten und Informationen zur Verfügung stellen.
2. ein detailliertes **Umsetzungskonzept** für den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst zu erstellen. Das Konzept soll die folgenden Punkte beinhalten:
  - Definition der Zielgruppen und Aufgaben des Dienstes
  - Erstellung eines Vernetzungsplans für die Zusammenarbeit mit bestehenden Einrichtungen wie Kliniken, Jugendhilfe, Schulen und freien Trägern
  - Entwicklung eines Plans für Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen
  - Erstellung eines Organigramms für den Dienst, das die benötigten Fachkräfte und deren Aufgaben beschreibt
  - Berücksichtigung von familien- und ressourcenorientierten Ansätzen
  - Erstellung eines Zeit- und Projektplans für die Umsetzung
3. bis spätestens zum Sommer 2025 einen Bericht über die Ergebnisse der Bedarfsanalyse sowie das erarbeitete Umsetzungskonzept vorzulegen.

# Antrag: 25/SVV/0006

## Begründung:

Die psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Potsdam steht vor großen Herausforderungen. Laut Krankenhausdiagnosestatistik hat sich der Anteil der stationären Behandlungsfälle aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen bei den 10-19-Jährigen in Potsdam in den letzten Jahren erhöht. (s. kleine Anfrage 24/SVV/1334-01)

Die bestehenden therapeutischen und klinischen Kapazitäten in Potsdam sind überlastet, so dass viele betroffene Kinder und Jugendliche keinen rechtzeitigen Zugang zu notwendiger Hilfe finden. Alleine am Ernst-von-Bergmann Klinikum stehen 300 Kinder- und Jugendliche auf der Warteliste für eine Behandlung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Die Lage ist so ernst, dass Plätze bereits nach dem ‚Triage‘-Prinzip vergeben werden. (MAZ 23.11.2024)

Ein kommunaler Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst bietet eine Möglichkeit, eine Versorgungslücke zu schließen. Durch einen niedrigschwelligen Zugang zu Hilfeleistungen, die direkt unter städtischer Verantwortung stehen, können folgende Ziele erreicht werden:

- **Frühzeitige Interventionen:** Ein schneller Zugang zu professioneller Hilfe ermöglicht eine frühzeitige Diagnose und Behandlung psychischer Belastungen und Erkrankungen.
- **Prävention und Aufklärung:** Der Dienst kann präventive Maßnahmen entwickeln und umsetzen, um psychische Erkrankungen frühzeitig zu verhindern und das Bewusstsein für psychische Gesundheit zu stärken.
- **Entlastung der Familien:** Familien, die mit psychischen Belastungen ihrer Kinder oder Jugendlichen konfrontiert sind, erhalten gezielte Unterstützung und Entlastung.
- **Entlastung bestehender Strukturen:** Der kommunale Dienst kann die bestehenden Strukturen im Bereich der Jugendhilfe und Gesundheitsversorgung entlasten und dazu beitragen, Wartezeiten zu reduzieren.

## Stellungnahme der Verwaltung

### 1. Rechtliche Einschätzung

Gemäß § 8 Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz (BbgGDG) obliegt den Sozialpsychiatrischen Diensten der Landkreise und kreisfreien Städten auch die Beratung und Betreuung psychisch kranker Kinder und Jugendlichen, soweit zu diesem Zwecke keine eigenständigen Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienste bestehen. Näheres regelt das Brandenburgische Psychisch-Kranken-Gesetz (BbgPsychKG). In § 6 Abs. 1 BbgPsychKG ist festgehalten, dass die Sozialpsychiatrischen Dienste für Erwachsene bzw. für Kinder und Jugendliche fachärztlich geleitet werden sollen.

### 2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Für die Einrichtung eines Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes ist ein multiprofessionelles Team erforderlich. Diese zusätzlichen Stellen sind aktuell im Stellenplan nicht hinterlegt.

### 3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Für eine Bedarfsanalyse sowie ein detailliertes Umsetzungskonzept stehen im Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst keine personellen Ressourcen zur Verfügung. Eine Erstellung mit dem vorhandenen Bestandspersonal ermöglicht eine Vorlage der Analyse sowie des Konzeptes frühestens in Q4/2025.

### 4. Inhaltliche Einordnung

Die Notwendigkeit der Einrichtung eines eigenständigen kommunalen fachärztlich geleiteten Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes in der Landeshauptstadt Potsdam ist fachlich dringend erforderlich und in jedem Fall zu befürworten. Jedoch ist aktuell im Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst keine kinder- und jugendpsychiatrische fachärztliche Expertise vorhanden. Der Sozialpsychiatrische Dienst für Erwachsene ist bereits jetzt vollumfänglich ausgelastet. Eine Übernahme des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes durch den Sozialpsychiatrischen Dienst für Erwachsene ist aus fachlicher Sicht sowie ressourcenbedingt deshalb nicht geboten. Darüber hinaus gehende Stellen stehen nicht zur Verfügung.

Quelle: <https://egov.potsdam.de/public/to020?TOLFDNR=2018196&SILFDNR=2001047>

## 5.2 Vorstellung Ex-In (verschoben auf den 02.07.2025)

>>> EINLADUNG >>> JETZT ANMELDEN!

### „Durch Erfahrung gut – Chancen & Challenges der EX-IN-Genesungsbegleitung für Träger und Kliniken“



Wir laden Sie herzlich ein zu einem Fachabend, bei dem sich alles um die Potentiale und Herausforderungen der EX-IN-Genesungsbegleitung für Träger und Kliniken dreht.

Welche konkreten Ansätze und Erfahrungen gibt es? Wie kann das wertvolle Wissen von Erfahrungsexpert\*innen genutzt werden? Was muss bei der Einführung in der Praxis beachtet werden? Wie können Vorurteile überwunden werden? Welche Schulungen benötigt das bestehende Personal? Wie können Arbeitsabläufe angepasst und ein unterstützendes Umfeld für Genesungsbegleiter\*innen geschaffen werden?

Diese und weitere Fragen diskutieren auf dem Podium:

- Jörg Utschakowski (Psychiatriereferent des Landes Bremen, aktiv im Bundesvorstand von EX-IN Deutschland e.V., Autor des Leitfadens „Mit Peers arbeiten“ und Herausgeber von „Experten aus Erfahrung – Peerarbeit in der Psychiatrie“)
- Uwe Brohl-Zubert (Fachreferent Soziale Psychiatrie / Paritätischer Landesverband Berlin)
- Anja Jäckel (Kordinatorin der Berliner EX-IN-Weiterbildung)
- Vladimir Bojic (EX-IN-Genesungsbegleiter, Pinel gGmbH)
- Anke Frey (Leitung Genesungsbegleitung, akutpsychiatrische Station des Theodor-Wenzel-Werks)
- Marion Locher (Geschäftsführerin Träger gGmbH)
- Moderation: Marco Saal (Fachreferent der Geschäftsführung, Pinel gGmbH)

Über den QR-Code oder Link können Sie sich für die Veranstaltung anmelden. Dies ermöglicht eine bessere Planbarkeit unsererseits. Die Teilnahme ist kostenlos.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und einen inspirierenden Austausch!

Ihr Pinel-Team

<https://forms.office.com/e/BrHMYZAxFW>



Datum:  
24. März 2025

Uhrzeit:  
18.00 – 20.00 Uhr  
(Einlass ab: 17.30 Uhr)

Veranstalter / Veranstaltungsort:  
Pinel gGmbH  
Initiative für psychisch Kranke  
Pinellodrom  
Dominicusstraße 7  
10823 Berlin

Ansprechpartner:  
Marco Saal, Fachreferent der  
Geschäftsführung

Kontakt:  
marco.saal@pinel.de

[www.pinel.de](http://www.pinel.de)



## 5.5 Zusammenarbeit mit der Regional LIGA Potsdam/PM

- Mitglieder: AWO, Caritas, Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, DRK, Paritätische Brandenburg, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden
- <https://www.liga-brandenburg.de/Ligen-vor-Ort-1032841.html>
- Terminvorschlag: 13.05.2025,  
30 min im Zeitfenster 09:30 – 12:00 Uhr  
in der Geschäftsstelle AWO Bezirksverband  
e.V.
- Aktueller Vorsitz AWO

## 5.5 Zusammenarbeit mit der Regional LIGA Potsdam/PM

### Fragen:

- Zu welchem Zweck hat sich die Regional LIGA gegründet?
- Welche Informationen sollten/sollen ausgetauscht werden?
- Welchen Auftrag hat die LIGA?
- Von welcher Stelle erhält die LIGA Informationen (LHP; Fachbereich)?
- Warum sind nur Vertreter der Spitzenverbände involviert? Welche Gründe (mglw. Vorteile) gibt es dafür?
- Wie erhalten Träger, die keinem Spitzverband angehören, die Informationen? Welche Träger werden durch die LIGA vertreten?
- Können die Protokolle der LIGA auch an die PSAG weitergeleitet werden?
- Welche Synergien können zwischen LIGA und der PSAG entstehen?

## 6.2 Nächste Termine PSAG Plenum

- 2. Plenum: 02.07.2025 (inkl. Wahl neuer Sprecher\*innenrat PSAG)
- 3. Plenum: 26.11.2025
- jeweils in der Edisonallee